

VORWÄRTS

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, AKS, SPÖ & ÖGB
NR.32 1992 Preis 7,- Solidaritätspreis 10,-

BILDUNG DARF KEIN LUXUS SEIN!

Diese Forderung scheint doch ganz logisch zu sein. Jeder ist dafür. Nur versteht halt jeder etwas anderes darunter. Die Vorschläge, die in den letzten Monaten aus den verschiedenen Ministerien zum Thema Bildung gekommen sind, heißen für viele, daß Bildung nicht mehr oder nur schwer bezahlbar ist. Studenten werden durch diese Vorschläge von der Uni gedrängt und Schüler in größere Klassen mit weniger Lehrern gepfercht.

Schule

Die Vorschläge von Unterrichtsminister Scholten heißen in der Praxis: weniger Stunden. Und das bedeutet weniger Freifächer, weniger Förderunterricht und weniger Projektunterricht. Gleichzeitig werden aber die Klassen auch wieder größer! Das heißt: Wer Geld hat, kann seine Kinder in teure Privatschulen mit kleinen Klassen und kreativen Unterricht schicken. Wer Geld hat, kann auch Nachhilfestunden zahlen und die Kinder

5 MITGLIEDER DER SOZIALISTISCHEN
JUGEND AUSGESCHLOSSEN!!

SONDERTEIL:

SJ-ARBEIT UND AUSSCHLÜSSE

in teure Privatkurse schicken. Wer wenig Geld hat, braucht sich über die Auswahl der Privatschule keine Sorgen zu machen. In den öffentlichen Schulen läßt die Ausbildung an Qualität zu wünschen übrig - mangels Geld vom Staat. Aber auch bei den Lehrern will der Bund sparen. Die Kosten sollen in Zukunft zum Teil von den Ländern übernommen werden. Und wenn die dafür auch kein Geld haben? Draufzahlen müssen letztendlich die Schüler und die Lehrer!

Universität

Das Busek-Konzept für die Uni-Reform ist um nichts besser. Trotz massiver Studentenproteste wurden Maßnahmen beschlossen, die viele Studenten vor unlösbare Probleme stellen werden. Kinderbeihilfe und Stipendien werden zwar (etwas) erhöht, dafür aber an Leistungsnachweise geknüpft, die in vielen Fällen schwer zu erbringen sind. Außerdem werden jene Studenten, die neben dem Studium arbeiten müssen (etwa 75%) dafür auch noch bestraft. Dazuverdienen darf man nämlich in Zukunft nur mehr wenig. Wer mehr braucht, was angesichts der niedrigen Unterstützungen die Mehrheit ist, wird gezwungen,

schwarz zu arbeiten oder auf die magere Unterstützung zu verzichten. Und das soll soziale Gerechtigkeit sein!? "Wissen ist Macht" heißt es. Offensichtlich will man all jene, die nicht genügend Geld haben, davon fernhalten. Bildung darf kein Privileg der Reichen sein, sondern muß jedem und jeder unter gleichen Bedingungen und in gleicher Qualität zugänglich sein. NEIN Danke - DIESE BILDUNGSPOLITIK IST NUR EINE FACETTE DES SOZIALABBAUS!

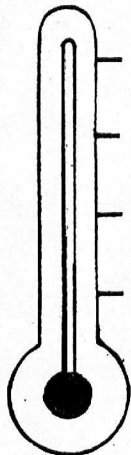
Sonja Grusch SJ 20(ausgeschlossen)

INHALT:

Aktiv gegen Nazis.....	3
Wohnen in Wien.....	4
Umweltzerstörung.....	5
Proteste gegen Bildungsstopp...6	
Verteidig VORWÄRTS.....	7
SJ-Ö: Demokratie?.....	8
"Trotz Verbot.....	10
Reaktionen.....	10
Privatisierung.....	11
ALBTRUCH in Salzburg.....	12
EG/EUR.....	13
Ö: Insel der Seligen?.....	14
Streik in Deutschland.....	15
Bundespräsidentenwahl.....	15
1.Mai.....	16

KAMPFFOND

Die SJ-Wien verfügt für heuer über ein Budget von fast drei Millionen Schilling. Viel Geld für die wenigen Aktivitäten. Auch die Verteilung ist der politischen Linie entsprechend. So kriegt der Landessekretär 18.000,- netto, mehr als selbst der stärkste Bezirk im Jahr (!) bekommt. VORWÄRTS hat wie heute schon in der Vergangenheit keinen Schilling an Subventionen bekommen. Geld ist für



**Spendenkonto
PSK 8812.733**

- DAFÜR KÄMPFT VORWÄRTS:**
- * Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
 - * 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
 - * Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen
 - * 30m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
 - * Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik
 - * Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!
 - * Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
 - * Ein sozialistisches Österreich als Schritt zu einer neuen Weltordnung!

uns ein Gradmesser, wie unsere politischen Ideen verbreitet und anerkannt sind. Und gerade die Kampffonds-Aktionen der letzten beiden Monate haben gezeigt, wie die Unterstützung für VORWÄRTS gestiegen ist. Unser ursprüngliches Ziel von 40.000,- bis 1. Juli konnte bereits jetzt um 50% übertroffen werden. Bei einer Diskussionsveranstaltung zu den Ausschlüssen in der VHS-Stöbergasse spendeten die ca. 150 Anwesenden 5.600,- Schilling. Auf diversen Konzerten flossen uns insbesondere durch unsere "Gegen Nazis-T-Shirts" einige Tausender zu. Ein besonderer Erfolg war die vom Antifaschistischen Komitee organisierte Demo am 20.4. 6.302,- Schilling wurden durch Zeitungen, verschiedene Materialien und Spenden eingenommen. Auf der großen Anti-Bildungsstopp-Kundgebung verkauften wir über hundert Zeitungen. Die Resonanz war, gerade wegen der Aktualität der Ausschlüsse, überall enorm. Besonders hervorzuheben sind einerseits die vielen Genossinnen und

Genossen, die regelmäßig auf der Straße unsere Zeitung verkaufen. Ebenso unser regelmäßiger Infotisch samstagsnachmittag am Stock im Eisenplatz im 1. Bezirk.

Die Hexenjagd gegen Marxisten stellt uns vor neue Aufgaben. Gerade jetzt ist der Aufbau von VORWÄRTS als Gegenpol zu Winkler und Co. nötiger denn je. Wir haben uns deshalb ein Sonderziel von 25.000,- für die nächsten beiden Monate gesetzt. Helft uns, die Arbeiterzeitung VORWÄRTS weiter aufzubauen! Wir brauchen EURE Unterstützung - GERADE JETZT!

Die Redaktion 30. April 1992

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
e.V. VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Postfach 2 1082 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift

Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren
5 Ausgaben zu 50,- ÖS ○
- 10 Ausgaben zu 100,- ÖS ○
- ein VORWÄRTS-Förderabo
zu ÖS ... beziehen ○
(ab 50,- ÖS)
- Auslandsabo (5 Ausgaben: 80,-) ○

Einsenden an:
VORWÄRTS zur sozialistischen
Demokratie e.V.
Postfach 2, A-1082 Wien



WIENS JUGEND: AKTIV GEGEN NAZIS

ANTIFA-KOMITEE

Seit der Gründungskonferenz des "ANTIFASCHISTISCHEN KOMITEES der Schüler und Lehrlinge Wiens" am 6.2.1992 ist so einiges passiert-

* Die zweite Vollversammlung am 14.3., in der der Sprecherrat gewählt wurde und Arbeitskreise zu den Themen ANTIFA-Woche, Finanzen, Faschismus und Jugendbanden stattfanden.

* Mehrere Treffen des Sprecherrats und der Schulverantwortlichen.

* Eine antifaschistische Demonstration am 21.3., an der etwa 1000 Leute teilnahmen.

* Eine weitere Demonstration am 20.4. (Hitler-Geburtstag), an der rund 800 In- und AusländerInnen teilnahmen.

* Es bildeten sich einige aktive Schulgruppen wie z.B. auf der Schmelz in BRG III Radetzkystraße und im Lyceum. Es wurden Flugblätter und Anstecker von einzelnen Schulgruppen produziert und verteilt. In den Schulgruppen, die sich alle 1-2 Wochen einmal treffen, wird über die Geschichte und die Ursachen des Faschismus oder über tagespolitische Themen diskutiert.

Das ANTIFASCHISTISCHE KOMITEE hat inzwischen an die 300 Mitglieder und plant auch für die Zukunft weitere Aktionen. Das ANTIFA-KOMITEE ist unabhängig und braucht Spenden, um alle Aktionen zu finanzieren! Alle Aktionen werden von uns Schülern und Lehrlingen selbst geplant und durchgeführt.

Wenn Du bei uns mitmachen willst, Schüler oder Lehrling bist und unsere Forderungen unterstützt, dann solltest Du zu einem unserer nächsten Treffen kommen oder an uns schreiben (Stöbergasse 11-15, 1050 Wien). Unsere Forderungen:

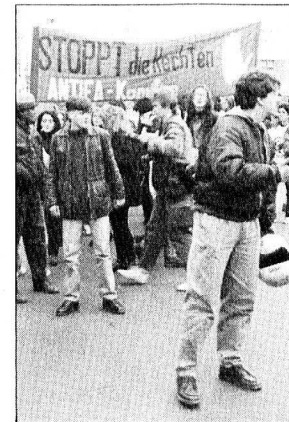
- * Für antifaschistische und demokratische Schulen!
- * Keine Ghettoschulen für Ausländer und sozial Schwache!
- * Volle Gleichstellung von in- und

ausländischen Jugendlichen in Ausbildung, Schule und Beruf!

* Eintreten für unsere Rechte und eine Gesellschaft ohne Rassismus und Neonazis!

Wolfi Leimer AKS-Wien

P.S. Information über die nächsten Treffen und Aktivitäten gibt es auch bei der VORWÄRTS-Redaktion. Schreib uns!



20.4.92 - Hitler Geburtstag

Die 2. Demonstration, zu der das ANTIFA-KOMITEE aufrief, war am 20.4. anlässlich des 103. Geburtstags Hitlers, der von Neonazis leider noch immer gemeinsam mit ausländischen "Kamaraden", gefeiert wird. VORWÄRTS-Unterstützer organisierten ab 10 Uhr einen Infotisch zum Thema Faschismus und waren auch sonst an der Organisation der Demo beteiligt. Nach einer kurzen Kundgebung marschierte die Demo, angeführt vom ANTIFA-KOMITEE und seinem "STOPPT DIE RECHTEN"- und dem "GEGEN NAZIS"-Transparent der VORWÄRTS-Unterstützer, durch die Innenstadt. Sie umfaßte trotz Ostermontag an die 800 Leute. Das ANTIFA-KOMITEE verteilte mehrsprachige Flugblätter, um für die Demo zu werben. Im Gegensatz zu den üblichen Demos waren nur wenige "Altlinke" da. Dafür waren wieder viele ausländische Jugendliche dazu bereit, auf die Straße zu gehen. Es ist wichtig, daß gerade ausländische Jugendliche durch solche Aktionen angesprochen werden. Diese Demo war ein deutliches Zeichen, daß Jugendliche den rechtsradikalen Ideen etwas entgegensetzen und den Kampf gegen Nazis aufnehmen!

Gregor Weiss AKS-Wien

21.3.92 - ANTIFA-Demo

Am 21.3.92. trafen sich 1000 AntifaschistInnen gegen 12 Uhr 30 am Urban-Loritz-Platz, um gegen Rassismus, Faschismus, und Ausländerfeindlichkeit zu protestieren. Aufgerufen zu der Demonstration hatte u.a. das "ANTIFASCHISTISCHE KOMITEE der Schüler und Lehrlinge Wiens". Der Block des ANTIFA-KOMITEES bestand aus immerhin 300 Jugendlichen. Und daß 2 Monate nach seiner Gründung!

Zur Abwechslung zu den Demos durch die Innenstadt führte sie durch die Außenbezirke.

T - Shirts



"Gegen Nazis"-T-Shirts
(rote Faust)

120,-(inkl. Porto) b. d. Redaktion
PSK 8812.733 Kennwort "T-Shirt"

Wohnen in Wien: **HORRORMIETEN** und **ABLÖSENWUCHER**

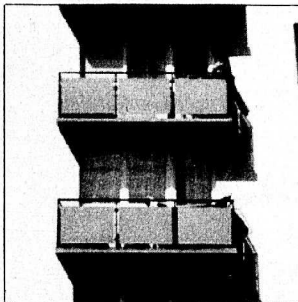
Die bürgerlichen Medien versuchen ständig, uns die angeblichen Vorzüge der kapitalistischen Marktwirtschaft einzureden. Die Realität sieht aber völlig anders aus. Das zeigt sich ganz deutlich anhand der Wohnungssituation. Die Zahlen sprechen für sich: während die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung um ein Vielfaches gestiegen sind, sind über eine Viertel Million Menschen in Österreich auf Wohnungssuche.

Bis zur Jahrtausendwende werden es voraussichtlich weit über eine halbe Million sein. 20.000 sind jetzt schon obdachlos und gar 1 Million Österreicher sind mit ihrer derzeitigen Wohnsituation unzufrieden. Und das sind nicht nur Ausländer, die oft unter unzumutbaren Bedingungen in Elendsquartieren hausen müssen, oft in nassen Kellerwohnungen. Auf der anderen Seite stehen allein in der Bundeshauptstadt zigtausende Wohnungen leer. Der Grund: **Spekulation**. Zuerst versuchen die Spekulanten und Immobilienhändler die Mieter eines Althauses davon zu "überzeugen", daß sie ausziehen sollen. Nach dem Gesetz müßten sie dann den Mietern eine mindestens gleichwertige Ersatzwohnung anbieten. Dann wäre das ganze Geschäft aber weit weniger gewinnbringend. Darum drehen sie den Mietern erstmal Wasser, Strom und Gas ab. Den Mietern, die dann noch immer nicht ausziehen wollen, werden zum Beispiel mitten im Winter die Fenster herausgerissen. Und wenn schließlich alle Mieter weg sind, beginnt für die Spekulanten das Bombengeschäft.

Mit welcher Strafe muß der Spekulant nun im schlimmsten Fall für seine Verbrechen rechnen? - höchstens mit einer Verwaltungsstrafe von ein paar tausend Schilling. Auf der anderen Seite werden für vermietete Wohnungen enorm hohe, illegale Ablösen und Horrormieten verlangt. Für eine Substandardwohnung in Wien von rund 30 m² sind

Ablösen von über 100.000 Schilling (!) keine Seltenheit. Nun sind ja bekanntlich Ablösen "nur für den Mietvertrag" illegal und es gibt ein "Gesetz zur Bekämpfung des Ablöseswuchers":

Franz mietet eine Wohnung und zahlt eine Ablöse an den Hausbesitzer. Franz nimmt sich dafür einen Kredit auf und kommt mit einem Zeugen zur Geldübergabe, kann diese also später beweisen und das Geld rückfordern. Da er sich aber keine Schwierigkeiten einhandeln will, verzichtet er zunächst auf die Rückforderung und ist froh, ein Dach über dem Kopf zu haben. Nach 3 1/2 Jahren zieht er aus und will nun die Ablöse rückfordern. Doch plötzlich ist der Rückforderungsanspruch verjährt, der Kredit aber nicht einmal zur Hälfte abbezahlt. Der Hausherr und die Bank reiben sich die Hände und Franz schaut durch die Finger!



Wohnung: Traum statt Wirklichkeit

Jetzt wohnt er in einer Neubauwohnung und muß nicht mehr die Möbel 20 cm von der Wand entfernt hinstellen, damit sie nicht zu faulen beginnen. Er zahlt 6.000 Schilling Kaltmiete, seine Frau Regina ist im Karenzjahr und für das Kind findet sich kein Kindergartenplatz, sodaß Regina wieder arbeiten könnte, wenn sie überhaupt

Arbeit findet. Die Bank ist plötzlich nicht mehr so freundlich, das Konto ist hoffnungslos überzogen, das Gehalt gepfändet und mit den Mietzahlungen sind sie schon zwei Monate im Rückstand. Jetzt droht ihm noch die Kündigung am Arbeitsplatz. Was nun?

Die Regierung hat eine tolle **Wohnrechtsreform** angekündigt, - was dabei rausgekommen ist, wird die Profiteure der privaten Vermieter aufbessern: Die Mieten für Substandardwohnungen (Kl am Gang) werden verdoppelt. Für den Rest der Wohnungen soll dann ein schwammiges "Angemessenheitsprinzip" gelten. Was das bedeutet, kann sich jeder leicht ausmalen: Investitionen im Altbau werden noch profitabler, das Kapital fehlt aber im Neubau. Das alles treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Wer dann die Mieten für nicht "angemessen" hält und dagegen ankämpfen will, der kann sich dann auf einen Prozeß einstellen, der sich mitunter über Jahre zieht und mit dem Risiko von hohen Kosten verbunden ist. **Legen wir den Spekulanten das Handwerk!**

- * Mietobergrenzen für alle Wohnungen!
- * Wirksame Bekämpfung von Scheinuntermietverträgen und keine befristeten Mietverträge!
- * Wirksame Bekämpfung von Ablöseswucher und Spekulantenentum - strafrechtliche Verfolgung und sofortige Enteignung!
- * Vergabe aller Wohnungen durch die öffentliche Hand unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- * Keine Umwandlung von Wohnraum in Geschäftsbüros!
- * Staatliche Sonderwohnbau- und Sanierungsprogramme - sofort!
- * Vergesellschaftung der großen Baufirmen statt Monopolprofiteure für die Baumafia!

Umweltzerstörung: Profit auf unsere Kosten

MIT DER UMWELT STIRBT DER MENSCH

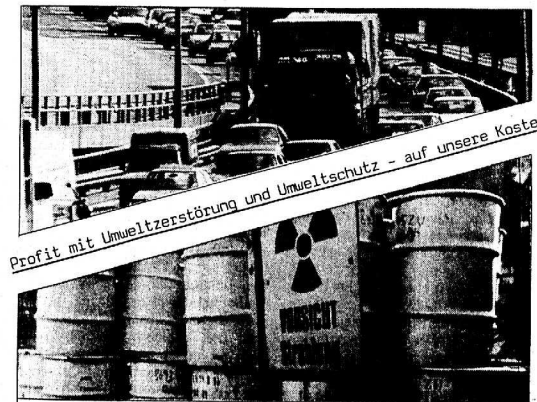
Die Gefährdung des Menschen durch die Umweltverschmutzung und die zunehmende Verstädterung sind das Ergebnis der bedingungslosen Profitorientierung des Kapitalismus, bei dem die menschlichen Bedürfnisse und unsere Lebensgrundlage, die Umwelt, auf der Strecke bleiben.

In spätestens drei Generationen werden 90% der Erdbevölkerung in Städten leben, da immer mehr Menschen in die Städte strömen, um Arbeit zu finden. Das Verkehrsproblem wird dadurch ansteigen. Der erhöhte Anreiz für die Autobenutzung verschärft das Autoproblem, statt es zu lösen.

Der Staat gibt ein Vielfaches der Förderung für die ÖBB für Autobahnen aus. Eine Folge gedankenlosen Straßenbaus ist die Zerstörung menschlicher Wohn- und Garten- und gewachsener Ortsbilder. Die Flächenverschwendung hält weiter an: 1 Parkplatz ist so groß wie 1 durchschnittlicher Arbeitsplatz heute, 1 Autobahnleibblatt, wie in Wien noch einige geplant sind, beansprucht die Fläche von der Größe der gesamten Altstadt Salzburgs, 18 Fahrräder können auf der Stellfläche für 1 Auto parken.

Während die Einwohnerzahl Wiens stagniert, vermehren sich die Kraftfahrzeuge auf mehr als das Siebenfache. Die dadurch noch schlechtere Luft in der Innenstadt bewirkt ein Zerfließen der Städte (Abwandern der Bevölkerung in Randbezirke). Die, die den Dreck verursachen, denken nicht an die Folgen. Doch wer darunter zu leiden hat, ist die Umwelt und dadurch der Mensch.

- * Ausbau und Vorrang für den öffentlichen Verkehr (z.B. der Bahn)!
 - * Nulltarif auf öffentlichen Verkehrsmitteln!
 - * Einführung von Gruppen- und Linientaxis und bessere Radwege!
 - * Umfassendes Park & Ride System!
- Tanja Kozak SJ 6 aufgelöst



Profit mit Umweltzerstörung und Umweltschutz - auf unsere Kosten

WIE SAUBER IST ATOMSTROM?

Aufgrund des ständig steigender Energieverbrauches werden wir innerhalb der nächsten Jahrzehnte unsere gesamten fossilen Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) verbraucht haben.

Als ein möglicher Ausweg wird uns immer die "saubere" Atomenergie angediesen. Das ein (angeblich zu vernachlässigendes) Risiko besteht, geben sogar Experten zu. Die Folgen von Unfällen kennen wir spätestens seit Tschernobyl. Doch auch ohne Super-GAU sind diese Kraftwerkstypen nicht umweltschonend. Für den Abbau von Uran und den (zumeist langen) Transport muß bereits viel Energie investiert werden. Außerdem kommt Uran in der Natur größtenteils in unspaltbarem Zustand vor. Es muß also künstlich mit Neutronen angereichert werden. Dafür muß wieder Energie aufgewendet werden. Hinzu kommt noch, daß - aus wirtschaftlichen Gründen - nur 0,1% des spaltbaren Materials tatsächlich gespalten wird. Die Entsorgung der restlichen 99,9% ist dementsprechend teuer und gefährlich. Ein weiteres Problem sind die Reaktorrüben. Ein Reaktor ist im Durchschnitt nur 15-20 Jahre in Betrieb. Da man den Reaktor aufgrund der Strahlenverseuchung nicht abreißen

kann, verschandelt der Betonklotz noch über Jahrhunderte hinaus die Landschaft. Für den Bau neuer Reaktoren müssen wieder viel Geld und Energie investiert werden.

Energie ist nicht in unbeschränkter Menge vorhanden, und muß oft teuer und gefährlich produziert werden. Gleichzeitig wird sie dann verschwendet und für unnötige Dinge eingesetzt. (Produktion von Verpackungsmaterial..) Darum müssen wir in Zukunft Energiesparen und auf alternative Energiequellen umsteigen. Wir dürfen den Bossen nicht länger glauben, daß der Atomstrom umweltschonend und billig ist. Die großen Konzerne haben kein Interesse am Energiesparen, da sie selbst am Abbau und Transport von Rohstoffen sowie an neugebauten Kraftwerken mitverdienen.

- Unsere Forderungen:
- * Sinnvolle Nutzung der vorhandenen Energie
 - * Einsatz und Entwicklung alternativer Energieformen
 - * Wenn Unternehmer nicht bereit sind umweltfreundlich zu produzieren, müssen sie enteignet werden. Die Verwaltung dieser Betriebe soll von jenen organisiert werden, deren Umwelt es ist den Arbeitern.

Richard Klug SJ 6 aufgelöst

PROTESTE GEGEN BILDUNGSSTOPP!

"Der Wirtschaft geht es schlecht - das Budget muß saniert werden. Und wo wird als erstes gekürzt - bei der Bildung!

Erste Versuche, wie die Einführung der 5-Tagewoche (klingt zwar aufs erste gut, heißt aber mehr: Nachmittagsunterricht und mehr: Streß) und die neue Ferienordnung (Einführung der Herbstferien - dafür aber kürzere Sommerferien; wenn man Ferienjobs macht, bleiben wenig Ferien über) wurden vorerst abgeschmettert. Bei der Frage, ob die UNI nach den Wünschen der Wirtschaft reformiert werden soll oder nicht, solidarisierten sich die Schüler mit den Studenten. Und schon folgte die nächste Attacke, diesmal von Unterrichtsmi-nister Scholten: weniger Geld für Stunden = weniger Stunden. Das hätte zur Folge, daß vor allem in Wien und Salzburg der bisherige Unterrichtsstandard nicht gehalten werden kann. Nun zu den konkreten Folgen: alle positiven Reformen der letzten Zeit wären damit zurückgenommen. Um den Pflichtunterricht aufrecht-erhalten zu können, darf die Schule, aufgrund ihrer Autonomie selbst entscheiden, ob sie nur Freifächer, Förderkurse, oder unverbindliche Übungen kürzt. Projektunterricht wird praktisch unbezahlbar und damit unmöglich. Aber nicht nur das - Klassenteilungen können ebenfalls nicht mehr durchgeführt werden; im Gegenteil, es wird wieder Klassen mit bis zu 36 Schülern geben. Wer schon einmal in einer Klasse mit 25-30 Schülern gesessen ist, weiß, daß bei dieser Größe praktisch nur Frontalunterricht möglich ist. Gegen diese Pläne gibt es Proteste von Schülern, Lehrern und Eltern. Eine Demo mit einigen tausend Beteiligten, ein Aktionstag und Diskussionen haben an den Schulen stattgefunden. Jetzt versucht aber die AHS auf Kosten der BHS, fehlende Stunden zu bekommen, anstatt gemeinsam gegen Kürzungen vorzugehen. Es werden wei-

tere gemeinsame Aktionen notwendig sein (Streiks, Demonstrationen..). Wir sind nicht nur gegen Kürzungen, sondern wir fordern mehr, bessere soziale Absicherung für die

Universität

An den Universitäten kommt es zu extremen Verschlechterungen der Studienbedingungen.

Sozialleistungen werden gekürzt: Die Selbstversicherung für Studierende wird wesentlich teurer. Das Stipendium, das derzeit lächerliche 8% aller Studierenden beziehen und von dem allein nur wenige leben können und deshalb dazuerdienen müssen, soll zwar erhöht und aus-geweit werden, dafür darf man aber weniger dazuerdienen. Die Familienbeihilfe soll an einen Leistungs-nachweis von 8 Wochenstunden/Jahr gekoppelt werden. Wer den den nicht erbringen kann, bekommt keine Familienbeihilfe und muß unter Umständen sogar schon erhal-tere zurückbezahlen.

Aber nicht nur Sozialabbau ist geplant, auch das Universitätsorgani-sationsgesetz soll geändert werden. Das heißt in der Praxis weni-ger Demokratie, weniger Mitspracherecht der Studierenden und eine "wirtschaftliche" Uni. Privatfirmen werden Forschungsprojekte vergeben und somit die Inhalte bestimmen. Vom 16.-20. März fanden bundesweit Aktionen gegen die geplante Unire-form und weiteren Sozialabbau statt. Organisiert wurde diese Streik- und Aktionswoche von der "Plattform gegen Studienverschär-fungen und Sozialabbau". Das Audi Max war während der ganzen Zeit besetzt. Allerdings distanzierte sich die Österreichische Hochschüle-rschaft, die von der ÖVP nahe Aktionsgemeinschaft dominiert ist, davon. Es fanden Diskussionen und Konzerte statt, eine Großdemonstra-tion, eine Demonstration gemeinsam mit Schülern, teilweise wurde gestreikt. Die AG-ÖH beschränkte

lernende und arbeitende Jugend. Es darf nicht weiter gekürzt werden! Schon gar nicht an unserer Bildung!
Manuela Tesak SJ 5 aufgelöst



ÖH: Viele Plakate - laue Aktionen

sich auf die Organisation der Großdemo, auf der nur Vertreter der AG sprechen durften und eine Party vor dem Rathaus, auf der von poli-tischen Inhalten nichts zu sehen war, für die jedoch Unsummen ausgegeben wurde. Außerdem sprach sich die AG gegen einen Streik aus. Die "Reform" soll vor allem eines erreichen: Der Leistungsdruck soll größer und so das bestehende Platzproblem gelöst werden. So sollen die österreichischen Unis auf "EG Niveau" gebracht werden.

Der Sozialabbau ist bereits beschlossen worden. Daran sieht man, daß die Proteste nicht ge-reicht haben. Es sind zwar einige Zugeständnisse gemacht worden, jedoch sind diese minimal. Es zeigt sich ganz klar, daß die Vorgangsweise der AG - "nicht streiken, sondern verhandeln" - die falsche ist. Jetzt ist es notwen-dig, klarzumachen, daß wir diesen Sozialabbau nicht hinnehmen. Wir fordern den freien, kostenlosen Zugang zu den Unis und die soziale Absicherung für alle Studierenden!

Claudia Sorger SJ 6 aufgelöst

VERTEIDIGT VORWÄRTS

Durch die Ausschluß- und Unter-drückungswelle der letzten Wochen wurde die Sozialistische Jugend Wien (SJ) gespalten: Einerseits in die Mehrheit der aktiven Jungso-zialisten, die auf dem Boden von Grundsatzklärung und Statut der SJ stehen, andererseits in eine Handvoll Bürokraten, die auf dem Boden ihrer zukünftigen Karriere handeln.

Dazwischen noch ein paar ver-sprengte Farblose, die in der SJ-"eingeschlossen" verblieben sind und in Ruhe irgendwelche Projekt-Süppchen kochen möchten. Was bedeutet diese Spaltung für sozialistische Jugendarbeit? Welche Perspektiven haben Linke in der SJ angesichts der Hetzkampagne der rechten Führung? Welche Ideen, Konzepte und Programme sind hier aufeinander geprallt?

Warum wir Sozialisten sind!

Im Kapitalismus haben wir Jugend-liche keine rosige Zukunft - z.B. Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen, Wohnungsnot und Notentstehung... Der Grund: Eine kleine Minderheit von Unter-nehmern besitzt praktisch alles und hat einen ganzen Apparat (den Staat) zur Verfügung, um ihr Eigen-tum zu schützen. Dieses System kann nicht einfach reformiert werden. Um unsere Interessen nach Leben, Arbeit und Zukunft zu sichern, müssen wir es bekämpfen und letztlich abschaffen. Deshalb sind wir Sozialisten - weil wir eine andere Gesellschaft wollen, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung besteht und in jeder Hinsicht (Demokratie, Sozia-les..) dem Kapitalismus überlegen

ist. Die SJ ist genau aus diesem Grund entstanden und versteht sich laut Programm nach wie vor in diesem Sinne. Doch die SJ-Füh-rung hat völlig entgegengesetzte politische Vorstellungen. Sozialis-mus ist für sie weder notwendig noch möglich, sondern bestenfalls eine leere Phrase für hohe Feier-tage. Nicht eine marxistische Analyse bestimmt ihr Herangehen an aktuelle politische Fragen, sondern Anpassung an den jeweiligen "Zeitgeist" (der ja im BASTA und im Wiener nachzulesen ist).

Sozialistische Ideen statt Rechtsschwenk

In vielen entscheidenden poli-tischen Fragen hat die offizielle SJ-Führung dem Druck von Rechts nachgegeben, anstatt einen eigen-ständigen sozialistischen Kurs zu vertreten. Während des Golf-kriegs weigerte sich die SJ-Spitze, eine klare Position gegen die imperialistische Aggression der USA und für Selbstbestimmung und sozialistische Veränderung im arabischen Raum einzunehmen. Wäh-rend des Putsches in der UdSSR wußte man nichts Besseres, als T-Shirts mit dem Schlächter von Litauen, Gorbatschow, zu drucken und die Parole "Perestroika must go on" (also "Lebensmittelknapp-heit, bürokratische MiWirtschaft, nationale Unterdrückung, Wirt-schaftskrise... must go on") zu vertreten. Marxisten wurden für ihre klare Haltung gegen Kapitalis-ten und Stalinisten und für Demok-ratie in Wirtschaft und Gesell-schaft verspottet und beschimpft.



Die SJ und die EG-Frage

Auch in der EG-Frage hat man (Winkler, Wehsely & Co) das Fähn-chen nach dem Wind gerichtet. Zuerst fuhr man auf der nationalen Schiene (gemeinsam mit dem öster-reichischen Kapital gegen die EG) und hatte Illusionen in die Reformierbarkeit des kleinen EG-Bruders "EFJA". Durch den Umsturz in Osteuropa total verwirrt schwenkte die SJ-Spitze zur nächs-ten Fehleinschätzung: Jetzt ein "Ja" zur EG - weil man ja sonst "verhungert". Für uns Marxisten war von Anfang an klar, daß die EG eine Institution der Kapitalis-ten ist und deshalb abzulehnen ist. Doch entscheidend ist, daß wir keine nationalistische Antwort auf das real existierende Europa der Konzerne geben, sondern ver-suchen, eine internationale soziale Alternative entgegenzustellen. Diese kann nur entstehen, wenn man sich an Kämpfen und Bewegungen der Arbeiterschaft in Europa ori-entiert und nicht an Brüssel.

Aber die "Oberen" unserer Organi-sation gehen in ihrem angepaßten Kurs, fernab von den Interessen der arbeitenden Menschen, noch ein paar Kilometer weiter. Bei der letzten Landeskonferenz wurde ein Beschluß durchgepeitscht,

der unter anderem die Aufhebung der Beamtenspannung und der Pragmatisierung fordert. Mit dieser Politik macht sich die SJ zum Knecht all derjenigen, die im Bildungs- und Sozialsektor unter Schlagworten wie "Flexibilität" und "Modernisierung" auf unsere Kosten einsparen wollen.

Kämpferische Jugendorganisation statt unpolitischem Serviceverein

Zweck der SJ ist es, Interessenvertretung für Jugendliche zu sein und sie "auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus" auszubilden (Statut der Sozialistischen Jugend) Für uns bedeutet das, bei den Wünschen und Forderungen der Jugendlichen anzusetzen und mit einer sozialistischen Perspektive zu verbinden. Z.B. wollen Jugendliche gute und billige Freizeitmöglichkeiten. Doch Freizeit ist teuer, egal ob in der Disco oder im Plattengeschäft - der Unternehmer verdient kräftig. Unsere Aufgabe ist es daher, für selbstverwaltete Jugendzentren und Gratisfreizeiteinrichtungen zu kämpfen - und gegen den Wucher der Unternehmer. In zahlreichen Diskussionen, Anträgen und Artikeln haben wir zu fast allen Lebensbereichen Forderungen und Konzepte auf einer sozialistischen Grundlage erarbeitet. Das ist unsere Anleitung zum Handeln. Dementsprechend sehen unsere Aktivitäten aus: Kernpunkt sind die wöchentlich stattfindenden Gruppenabende, bei denen immer ein politisches Thema diskutiert wird. Jeder Gruppenabend hat auch einen organisatorischen Teil, bei dem Außenarbeit, wie Demonstrationen, Plakate, Flugblätter, Infotische,... geplant werden. Unser Ziel ist es, eine schlagkräftige, theoretisch gut ausgebildete SJ aufzubauen, die aus Leuten besteht, die in ihrem jeweiligen persönlichen Umfeld (Schule, Betrieb) als Vertreter für die Interessen der Jugendlichen bekannt und anerkannt sind. Eine solche SJ, die sich auf die vielen tausenden Jugendlichen, die grundsätzlich bereit wären, "etwas

zu tun" gegen Nazis, EG..., könnte ein wirklich relevanter politischer Faktor werden. In Ansätzen ist uns das in vielen Bereichen gelungen. In einer Zeit des Niedergangs der SJ haben wir Bezirksorganisationen neu aufgebaut. Unsere SJ-Gruppen gehören zu den stärksten in ganz Österreich und nicht zuletzt ging die Initiative zum "Wiener Antifa-Komitee der Schüler und Lehrlinge" von jungen Aktivistinnen des marxistisch orientierten Teils der SJ-Wien aus.

INTERESSE AN NÄHEREN INFORMATIONEN? VOLLSTÄNDIGE MAPPE MIT ARTIKELN, FLUGBLÄTTERN UND BRIEFEN (ca. 50 Seiten)

Bei der Redaktion um 50.- plus Porto
VORWÄRTS PF2, 1082 Wien

Was tut die SJ-Führung?

Und die SJ-Führung? Sie haben Millionen Schilling Budget, die modernsten Geräte, massenhafte Lokale, gekaufte Plakatierer... und trotz all dieser Möglichkeiten gelang es der SJ-Wien im Vorjahr nicht, mehr als eine Handvoll Jugendliche für die SJ zu aktivieren. Sie wollen eben nichts mit kämpferischen Jugendlichen zu tun haben. Bei öffentlichen Aktionen traut man sich kaum, als SJ aufzutreten. Diskussionsveranstaltungen der SJ-Wien, eine regelmäßige Zeitung... wird man auch vergeblich suchen. Wenn Jugendliche von einer solchen Politik nichts wissen wollen, dann sagt man einfach: Die Zeiten haben sich geändert - Jugendliche wollen sich immer weniger organisieren (Wehsely, Vorsitzende der SJ-Wien, im SPÖ Telegramm). Und wenn die Marxisten in ihren Bezirken das Gegenteil beweisen und bei fast allen zentralen SJ-Wien-Aktionen die Mehrheit der SJ'ler stellen, dann behauptet man einfach, daß Jugendliche eine stramme Ideologie suchen (Martin Winkler, Vorsitzender der SJ-Österreich im Standard).

Verschiedene Programme

In Wirklichkeit stehen sich hier Konzepte und Programme gegenüber. Auf der einen Seite das einer kämpferischen, offenen, marxistischen SJ, die wirklich neue Wege gehen kann (wie z.B. das Antifa-Komitee). Und auf der anderen Seite die SJ der Karrieristen und Ausschließer, denen nichts mehr ein Grauel ist, als eine aktive, kritische Basis. Die SJ-Führung behauptet zwar immer wieder, einerseits für die Beibehaltung der Gruppenarbeit und andererseits für eine bunte, offene SJ zu sein, aber das ist nur Gerede. Alle konkreten Pläne gehen Richtung der Zerschlagung der SJ: Reduzierung der SJ zu einem Service-Büros, Aufteilung in "Interessengruppen" und Großprojekte wie z.B. daß hochgejubelte "Mädchentreffen", auf dem es eigentlich so gut wie keine Möglichkeit für politische Diskussion gibt, dafür aber Schminke- und Tankkurse. Und bunt soll die SJ offensichtlich auch nicht sein. Offiziell wurden "nur" 5 Mitglieder ausgeschlossen, praktisch über 200 ausgegrenzt!

Unser Ziel war und bleibt es, für eine sozialistische Politik in SJ, SPÖ und ÖGB zu kämpfen. Die Schläge der Bürokraten sollen uns daran hindern. Sie haben die Statuten, doch wir die aktiven Jugendlichen, die für ein sozialistisches Programm kämpfen wollen. Darin liegt unsere Chance und Stärke - und ihre Schwäche. Wir sind die wirkliche sozialistische Jugend in Wien. Wir müssen unsere Gruppen und unsere Bezirke ausbauen und neue eröffnen. Wir müssen versuchen, eine Bewegung aufzubauen, die stark genug ist, unsere formale Wiederaufnahme in die Sozialistische Jugend zu erkämpfen!

Alle Mitglieder der SJ, alle Aktivistinnen und Sozialisten sind aufgerufen, einen linken Block gegen den rechten Todeskurs der jetzigen Führung aufzubauen!

John Evers
 Bezirksvorsitzender der SJ 5
 (aus der SJ ausgeschlossen)

SJ - Ö wieviel Demokratie hat's?

Am 19.3. tagte der Ausschuß der Sozialistischen Jugend Wien (Höchstes Gremium zwischen den Konferenzen). Bis zu Sitzungsbeginn war Niemandem die Tagesordnung bekannt, obwohl wir sich nachher herausstellte, keineswegs eine Routinesitzung stattfand.

Denn an diesem Ausschuß wurde beschlossen, die vier Bezirksorganisationen 5,6,20 und 23 aufzulösen und fünf Genossen auszuschießen. Da dies ohne Vorwarnungen oder Ankündigung geschah, wurde eine Genossin, die seit zehn Jahren SJ-lerin war, trotz ihrer Abwesenheit ausgeschlossen. Die Führung der SJ-Wien begründete diese Maßnahmen mit Vorwürfen wie Unterwanderung, Geheimbündelei, organisatorisch-schädlichen Zielen, etc.. Keiner dieser Vorwürfe konnte jedoch bewiesen werden. Es dürfte wohl andere Gründe gegeben haben...

Eineinhalb Wochen nach diesem Ausschuß fand nämlich die Landeskonferenz statt, bei der sämtliche Funktionen neu gewählt wurden. Unter den Ausgeschlossenen befanden sich der Kandidat für den Landesvorsitzenden, den Landessekretär und zwei Kandidaten für den Vorstand. Durch dieses Vorgehen wurden Kandidaturen für führende Funktionen unterlaufen.

In den vier aufgelösten Bezirksorganisationen waren die Mehrheit der Aktivistinnen der SJ Wien tätig. Der Führung war dies bewußt. Trotzdem glaubt sie, daß durch die Bezirksauflösungen "die Grundlage für eine positive Weiterentwicklung" erhalten werde!

Das verstehe wer will. In Anbetracht des Vormarsches der Rechten leistet es sich die SJ Wien - die sowieso schon ziemlich am Sand ist - der Mehrheit der Aktivistinnen die Basis ihrer politischen Arbeit zu nehmen und hält das dann noch für die Grundlage der positiven Weiterentwicklung. Diese Herrschaften wollen anscheinend ihre Posten auf Kosten von großen Teilen der eigenen Organisation erhalten.

Bis jetzt haben sie versucht, Vertreter der vier aufgelösten Bezirke, die sich großteils zu marxistischen Ideen bekennen, einfach zu ignorieren und von der Landesarbeit fernzuhalten. Wenn jemand von uns Vorschläge einbrachte, wurde dies meist nur als lästig empfunden. Mit der Nominierung von Kandidaten für die Wahl bei der Landeskonferenz war es aber nicht mehr möglich uns einfach beiseite zu schieben.

daß einige Arbeitskreise und Projekte betreut, ist für uns jedenfalls nicht das Idealbild einer sozialistischen Jugendorganisation.

Wenn die Ausschüsse und Aufhebungen nicht zurückgenommen werden, ist es aber um die SJ schlecht bestellt. Denn ein Häufchen Yuppies, das bei konkreten Aktionen, wie z.B. Demos auf Tauchstation geht, wird kaum kritische, kämpferische Jugendliche ansprechen können, die Wut auf das System haben. Dem Rechtsruck in der SJ muß weiterhin Widerstand geleistet werden. Wir brauchen auch Eure Unterschriften. Fordert Listen an und spendet.

David Mum, Bezirksvorsitzender der SJ 23
 (aus der SJ ausgeschlossen)

SKANDAL

Sozialistische Jugend Wien löst 4 SJ-Wien erteilt allen Mitgliedern keine weitere Heimverbot!

SJ-Wien schließt 5 Mitglieder aus SJ-Wien soll von marxistischen Ideen der Zeitung VORWÄRTS gestäubert werden!

Protestkundgebung
 Sonntag 28.3.92 13.30 Uhr
 100. Mariahilf 1000 Wien, Kumpfbogen 10

Podiumsdiskussion
 mit den ausgeschlossenen Kandidaten für den Landesvorsitzenden/zu der aufgeführt werden: John Evers, David Mum, Peter Bock, Franz 27.3.92 18.30 Uhr Volkshochschule Steingasse 1080 Wien

Haber Kontakt mit uns auf VORWÄRTS Postfach 3 1082 Wien, Sperrnummer PF 817 23

Obwohl unsere Gruppen von der Sozialistischen Jugend Wien aufgelöst worden sind, treffen wir uns trotz erschwerten Bedingungen weiter, um politische Arbeit zu machen.

- WIR TREFFEN UNS:**
- SJ 3 - aufgelöst:**
 Gruppe **Commune!** jeden Mittwoch
 19 Uhr 3, Zentrum Erdberg
 Lechnerstraße 2-4
 - SJ 5 - aufgelöst:**
 Gruppe **Red Bull!** jeden Freitag
 18 Uhr 30 Café Vol
 6, Millergasse 32
 - Gruppe Funke!** jeden Mittwoch
 19 Uhr 5, JZ Grünwäldg, 4
 - SJ 6 - aufgelöst:**
 Linke Aktionsgruppe:
 jeden Dienstag 19 Uhr
 - Gruppe Spartakus:**
 jeden Mittwoch 19 Uhr
 beide Gruppen: 6, Wallg, 4
 - SJ 20 - aufgelöst:**
 Gruppe **SAJ!** jeden Mittwoch
 19 Uhr 20, Engelsplatz
 - SJ 23 - aufgelöst:**
 Gruppe **Offensiv!** jeden Dienstag
 19 Uhr
 23, Jugendzentrum Alterlaa



"TROTZ VERBOT, WIR BLEIBEN ROT"

"TROTZ VERBOT - WIR BLEIBEN ROT", war das Motto, mit dem sich ca. 90 Jugendliche zu einer Kundgebung vor der Landeskonferenz der Sozialistischen Jugend Wien am 28. März versammelten. Wir protestierten gegen die Ausschlüsse aus der SJ und gegen die Bezirksauflösungen!

Jedoch konnten nur weniger als die Hälfte davon den Konferenzsaal auch betreten. Der Grund? Auf dieser Konferenz wurde unter anderem noch einmal über die Auflösung der SJ-Bezirke 5, 6, 20, und 22 und die Ausschlüsse von fünf GenossInnen diskutiert. Und bei dieser Diskussion war die Basis der aufgelösten Bezirke offensichtlich unerwünscht. Einen Vorwand fanden die "Bürokraten" rasch. Dann ist nun mal (obwohl die gesamte Galerie leer war) kein Platz im Saal mehr frei. Pech gehabt!

Doch auch denjenigen unter den Kundgebungsteilnehmern, die als Delegierte in den Saal "durften", bot sich ein seltsames Bild. Da gab es Delegierte, die seit Monaten bei keiner (bzw. so gut wie nie) SJ-Veranstaltung gesehen worden waren. Einer aktiven Genossin aus dem 5. Bezirk wurde die Delegiertenkarte aberkannt, weil sie noch nicht lange genug Mitglied war - bei Mitgliedern anderer Bezirke wurde nicht so genau kontrolliert! Pech, aus dem falschen Bezirk zu sein. Die offizielle Hetze der SJ-Zentrale hatte ihre Wirkung nicht verfehlt - VORWÄRTS-Unterstützer und Mitglieder der aufgelösten Bezirke, die versuchten mit einzelnen Delegierten über die Auflösungen und Ausschlüsse zu diskutieren, stießen auf Desinteresse und Ablehnung. Nach einer Diskussion über die Säuberungen, die ziemlich eindeutig gezeigt hat, wo die politisch aktiven Leute sind, wurden trotz der zahlreichen Widersprüche die stalinistischen Methoden der SJ-Führung von der Mehrheit der

Delegierten gebilligt. Wobei bei einigen der Delegierten das Wort "Karteileichen" wohl treffender



wäre.

Doch auch die Diskussion der Anträge war politisch ziemlich eindeutig von Unterstützern der Zeitung VORWÄRTS dominiert (ca. 3/4 der Wortmeldungen), aber schließlich nicht sehr fruchtbringend. An Diskussionen mit Marxisten ist man bis heute nicht interessiert, sonst hätte man ja nicht diese Hetzkampagne begonnen. Dafür gab es für die Mehrheit der Delegierten Hilfe beim Stimmverhalten:

1. "Podium stimmt dagegen" heißt auch für die Delegierten dagegen stimmen.
2. "VORWÄRTS-Unterstützer sprechen und stimmen dafür" heißt dagegen stimmen. Das führte dann in einem Fall zur kuriosen Situation, daß ein Antrag, der der Beschlüßlage der SJ-Wien entspricht, erst nach

mehrmaligen Aufforderungen durch das Podium die Mehrheit fand, weil ein VORWÄRTS-Unterstützer dafür gesprochen hatte. Besprochen wurde allerdings nur ein Teil der Anträge. Über die übrigen Anträge wird irgendwann auf einem Wiener Ausschuß diskutiert, auf dem allerdings die aufgelösten Bezirke kein Stimmrecht haben - wieder Pech!

Selbstverständlich bot sich auch bei den Wahlen ein ähnliches Bild: keine offene Kritik unserer Kandidaten sondern Streichorgien in der Wahlzelle. Bei der Wahl zum Vorstandersatz, die durchgeführt wurde, ging man sogar so weit, alle Kandidaten, außer dem des 5. Bezirks, im Block abzustimmen. Ich mußte mich einer Einzelwahl unterziehen, die ich "no na net" verlor. Kein Wunder, nachdem der Landessekretär Krainer zuvor gemeint hatte, es wäre wohl Widerstand geben. Er ist auch der Meinung, daß die Unterstützung von VORWÄRTS (z.B. Artikel schreiben oder der Verkauf der Zeitung) und SJ-Arbeit nicht vereinbar sind. Wir gratulieren den neuen Spitzenfunktionären - "Durch die Säuberungen habt Ihr bewiesen, daß Ihr bereits reif für die SJ-Verbandskarriere (oder für die Partei?) seid, dort sollen angepaßte Leute gefragt sein!"

Michi Bonvalot
(derzeit noch Mitglied der SJ 5)

Die SJ-Bürokraten bezweckten mit den Ausschlüssen vor allem eines: uns zu demütigen, zu spalten und zu isolieren. Nun, damit sind sie gescheitert! Noch nie erlebten wir von linken Jugendlichen eine derartige Unterstützung und so großes Interesse für unsere Ideen. Zwei der drei größten SJ-Landesorganisationen (NO und OÖ) sprachen sich gegen die Ausschlüsse aus, ebenso eine SJ-Gruppe aus Salzburg. Die JG-5 stellte Delegationsplätze für die Ausgeschlossenen auf verschiedene Konferenzen zu Verfügung. Die JG-Wien stimmte einhellig auf ihrer Konferenz einer Resolution zu, die sich sehr besorgt über die Entwicklungen der SJ-Wien zeigte. Georg Scheuer, Widerstandskämpfer und Buchautor, erklärte sich uneingeschränkt solidarisch mit uns. Hunderte Linke, in- und außerhalb der SPÖ, unter ihnen Leute wie Eva Kreisky, unterzeichneten unsere Resolution für die sofortige Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in die SJ. In Wirklichkeit hat sich die SJ-Wien mit dieser Vorgangsweise weitgehend selbst ab- und eingeschlossen!

Privatisiert die Privatisierer!

Mit der Nominierung von Rudolf Streicher zur Bundespräsidentenwahl wurde der Posten des Verstaatlichten-Ministers frei. Der Nachfolger, Viktor Klima, angeblich ein moderner Sozialdemokrat, wird den Kurs der Zerschlagung und Verschönerung der Verstaatlichten noch stärker vorantreiben als Streicher.

Daß die Austrian Industries (Dachkonzern der Verstaatlichten) an die Börse gehen soll, ist für ihn sowieso klar. Neu ist aber, daß nun die Post auch ausgelgliedert werden soll. Bei den ÖBB ist Klima sogar bei der Forderung der ÖVP nach Umwandlung in eine Aktiengesellschaft gesprächsbereit, die schon in den Koalitionsverhandlungen fallengelassen wurde. In Interviews meinte er, daß es für ihn keine Tabus gebe, und daß man bei jeder Leistung, die der Staat bringt, nachdenken muß, ob sie noch zeitgemäß ist.

Aufspaltung und Zerschlagung

Durch die geplanten Ausgliederungen aus dem Konzern werden Angriffe auf die Belegschaft vorbereitet. Ausgliederungen bringen rein ökonomisch nichts, weil sie keine Auswirkungen auf die Produktivität haben. Bedeutend für die Manager und Kapitalisten ist der Effekt, daß man die Unternehmen besser betriebswirtschaftlich durchleuchten kann. Vor allem aber, daß die Belegschaft gespalten wird! Resultat davon ist dann, daß die Organisationskraft der Gewerkschaft stark eingeschränkt wird. Die Gewerkschaft ist aufgespalten in viele Bereiche, es gibt keine zentral organisierte Gewerkschaft. Nach Ausgliederungen kann man dann besser, mit geringerem Widerstand privatisieren. Das ist auch das politische Ziel der Ausgliederungen und der rechtlichen Änderungen der Eigentumsform. Je indirekter das Verhältnis eines Unternehmens zum Staat ist, desto schneller und

günstiger kann man dieses Unternehmen privatisieren. Man bereitet sozusagen die Unternehmen bereits auf die privaten Eigentümer vor: mit Kündigungen, Abbau von Sozialleistungen und Rationalisierungen!



Betriebsratswahlen

Das hat die Belegschaft der VOEST schon begriffen, als es um die Ausgliederung des Standorts Linz ging. Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter, die sich dagegen ausgesprochen hat, bekam bei den Betriebsratswahlen am 24. März 77,8% der Stimmen. Sie konnte damit ihren Stimmenanteil vergrößern, während der ÖAAB (ÖVP) auf 8,6% sank. Unter dem Druck der Arbeiter hat der Aufsichtsrat die Ausgliederung der Hütte Linz auf die nächste Sitzung verschoben. Wegen einer Auftragsflaute seitens der GUS, läßt der Vorstand nun prüfen, ob dieser Bereich überhaupt gehalten werden kann. Von dem Ergebnis hängen 700 Arbeitsplätze ab. Bei Verwirklichung dieser Pläne kann ein Streik laut dem Betriebsratsobmann wohl kaum noch ausgeschlossen werden.

Auch im Böhler Edelstahlwerk in Karpfenberg stehen weitere Angriffe

bevor. Die Belegschaft wurde seit September 1990 um 1400 auf 2100 Mitarbeiter reduziert. Das Ziel liegt aber unter 2000!

All diese Maßnahmen lassen Widerstand erwarten. Falls der neue Verstaatlichte-Minister auf der falschen Seite stehen wird, empfehlen wir ihm die Lektüre des SPÖ-Parteiprogramms, in dem es heißt, daß Privatisierungsversuchen entschieden entgegengetreten werden muß. Auch die Gewerkschaftsführung in der Verstaatlichten hat bis jetzt außer Drohungen nichts von sich gegeben. Anstatt für die Erhaltung und den Ausbau der Verstaatlichten einzutreten, fällt die Gewerkschaft in die von den Managern gegrabene Grube - die Beschäftigten eines Standorts werden gegen einen anderen Standort ausgespielt. Dazu zählen auch Arbeiter im Ausland: zum Beispiel in Schweden, wo 50% der Beschäftigten einer Fabrik (das sind 700 Arbeiter) gekündigt werden sollen. Daher muß der Kampf gegen Ausgliederungen und Privatisierungen verbunden werden mit dem Kampf für eine neue Verstaatlichte - für Arbeiterdemokratie und -verwaltung. Die Verstaatlichte soll die Basis für eine gesellschaftliche Planung der Wirtschaft sein.

Was tut die Gewerkschaft?

Doch diese Gewerkschaftsführung steckt den Kopf in den Sand. Die Gewerkschaft wird jedoch Solidarität und Kampfbereitschaft für die kommenden Auseinandersetzungen brauchen! Auch dafür setzen wir uns ein: für eine neue, kämpferische Gewerkschaft, die die Errungenschaften der Arbeiterschaft nicht aufgibt!

David Mum
(aus der SJ ausgeschlossen)

* Weitere VORWÄRTS-Artikel über die Verstaatlichte Industrie in Österreich können bei der Redaktion angefordert werden!

AUFBRUCH in Salzburg

"Die SJ hat mit Demokratie nichts zu tun" (David Schoibl, April 1992)

Während die Salzburger SJ seit Jahren darniederliegt, einen schlechten Ruf hat und praktisch nur noch als Budgetverwalter fungiert, wuchs die aktion kritischer Schüler (AKS) innerhalb der letzten drei Jahre rasant an.

Als Schoibl (dzt. SJ-Landesvorsitzender) als AKS-Vorsitzender abtrat und Stefan Huber sein Nachfolger wurde, änderte sich auch die Linie der AKS. Durch Aktionen stieg die Bekanntheit und sie wurde die "aktivste Landesorganisation mit dem größten Umsatz" (Zitat Stefan Huber). Zusätzlich wurden Büroräume geschaffen. Nicht zuletzt deswegen stieg die Zahl der AKS'lerInnen von 7 auf etwa 25.

Hinter dieser glänzenden Fassade geschah aber praktisch nichts. Trotz Kongressen, einer Zeitung mit 10.000 Stück Auflage und der tollen Infrastruktur wurden neue AKS'lerInnen nicht eingebunden - im Gegenteil: Alle Entscheidungen werden von einem 2-Mann-Team (Stefan Huber, bezahlter Sekretär der AKS-West und Stefan Bachleitner, AKS-Bundesvorsitzender) getroffen, Informationen nur spärlich weitergegeben. "Normale" AKS'lerInnen "dürfen" nur Hilfsarbeiten wie Plakatieren oder Verteilen von Flugblättern machen.

Stefan Moser und andere fingen an, diese Vorgangsweise zu kritisieren und mehr Demokratie in der AKS zu fordern. Scheinreformen und einige lächerliche Zugeständnisse seitens der Bürokraten konnten diese kritische Gruppe nicht zufriedenstellen. Immer mehr AKS'lerInnen stellten sich gegen die Bürokraten. In einer Nacht- und Nebelaktion (ohne die Gruppe auch nur zu informieren) wurde Stefan Moser aus der AKS ausgeschlossen. Begründet wurde dies mit seiner Bündnisarbeit im AKS-Antifa-Arbeitskreis mit der KJÖ und dem

Schreiben eines Artikels über Antifaschismus in Salzburg für **VORWÄRTS**. Im Landesausschluß, auf dem die Entscheidung der Spitzenfunktionäre bestätigt werden sollte, sprachen sich mehr als 75% der Salzburger AKS'lerInnen für Stefan Moser aus. Aber die Spitzenfunktionäre erklärten diese demokratische

Nach dem Ausschuß eines Genossen aus der AKS (aktion kritischer SchülerInnen) herrschte Ratlosigkeit in der Gruppe von Leuten, die früher einmal in der AKS-Salzburg aktiv waren.

Was sollte man tun? Nach langen Diskussionen wurde der Entschluß gefaßt, den Bürokraten das Feld auf keinen Fall kampflos zu überlassen. Eine neue, linke SJ-Gruppe sollte Organisationsfeld all jener werden, die sich noch als SozialistInnen fühlen; für die es nicht höchstes Ziel ist, durch opportunistische Politik selbst Karriere zu machen. Die ersten Reaktionen des Landesvorstands waren durchaus positiv. Um Kontrolle über die ehemaligen AKS'ler zu erlangen, stellte er aber eine Reihe von Forderungen. So sollte ein Gruppenkoordinator eingesetzt werden, dem es obliegt, Gruppenbeschlüsse zu akzeptieren oder auch nicht. **VORWÄRTS**-Verkauf wurde verboten. Kontakt zum ausgeschlossenen Genossen aus der AKS und den ausgeschlossenen Wiener Genossen wurde untersagt. Die Gruppe lehnte diese Forderungen einstimmig ab! Bei der nächsten Landesvorstandssitzung wurden die **"AUFBRUCH"** Genossen (der Name der neuen Gruppe) von den Bürokraten geschimpft. **Trotz aller Anfeindungen, Verbote und Verleumdungen wird nichts die linken SJ'ler daran hindern können, sich ihre Gruppe aufzubauen, so wie sie das wollen!**

Stefan Moser
SJ-Salzburg/ Gruppe Aufbruch

Abstimmung für belanglos und erteilten Stefan Moser "Büroverbot", was einem Ausschluß gleichkommt. Daraufhin traten an die 15 Leute aus der AKS aus, um gegen das diktatorische Verhalten der Funktionäre zu protestieren.

Manfred Wiesner
SJ Salzburg/ Gruppe Aufbruch

Am Freitag, den 24.4.92, fand in Salzburg die Gründungskonferenz der SJ-Gruppe "AUFBRUCH" statt. Es war ein voller Erfolg. Das Hinterzimmer des "Pub Schnaitl" war mit rund 40 Jugendlichen randvoll.

Der Aufbau dieser SJ-Gruppe ist eine wichtige und notwendige Sache. Denn die Gruppe "AUFBRUCH" ist nun in Salzburg Stadt und Land die einzige existierende SJ-Gruppe. Umso unglaublicher ist es daher, daß die Führung der Salzburger SJ den Genossen vor der Gruppengründung viele Hindernisse in den Weg legten und Bedingungen stellten, um die Gruppe zu gründen. Es ist skandalös, daß sich diese Funktionäre dagegen sträubten, daß die brachliegende Salzburger Landesorganisation wieder durch neuen Schein begünstigt wird. In der Grundsatzklärung der neuen Gruppe heißt es: "Wir werden jedoch auf keinerlei Bedingungen und Diktate der Landesorganisation eingehen, wenn wir nicht damit einverstanden sind!" Trotz ausdrücklichen Verbot, Kontakt zu den ausgeschlossenen Genossen zu haben, wurde ich von den "AUFBRUCH"-Leuten eingeladen, um bei ihrem Gründungstreffen zu sprechen. Die SJ-Gruppe **AUFBRUCH** wird weiterarbeiten - jeden Freitag im Pub Schnaitl um 19 Uhr!

David Murr
Vorsitzender der SJ ZS
aus der SJ ausgeschlossenen

NEIN zum Europa der Konzerne

WEM NUTZT DER EMU?

Nun ist es soweit: Der EG-Gerichtshof hat den EG/EFTA-Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EMU) genehmigt.

Nur eine kleine Änderung wird von den Richtern noch gewünscht. Begeistert stellte Außenminister Mock fest, er sehe nun "begründete Hoffnung, daß ab 1993 der gemeinsame EG/EFTA-Markt in Kraft trete". Auch die SPÖ-Führung freute sich über den "wichtigen Integrations-schritt" für Österreich, der durch diesen Vertrag, in dem viele EG-Eintrittsregeln vorweggenommen werden, gesetzt wurde.

Mit dem EMU-Abkommen zwischen EG und EFTA soll die Verwirklichung der vier Freiheiten, nämlich der Freiheit des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs angestrebt werden. Außerdem die Zusammenarbeit in Umweltschutz, Wissenschaft und Forschung, Ausbildung und sozialpolitischen Fragen, einhergehend mit der Schaffung der hierzu erforderlichen Einrichtungen, erreicht werden. Im Gegensatz zu allen früheren Handelsabkommen geht es hier nicht um den Abbau von tarifären und mengenmäßigen Handelsbeschränkungen, sondern um die Beseitigung aller nichttarifären Handelshemmnisse sowie aller den Wettbewerb hindernden staatlichen Eingriffe.

Die Freiheit der Unternehmer auf dem freien Markt mit Konkurrenz und Chancengleichheit aller Teilnehmer ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Freiheit der Arbeitnehmer. Durch die "Deregulierung", d. h. das Wegfallen beinahe jeglicher politischer Steuerung, wird der Sozial-, Umwelt- und Lebensstandard auf unterstem Niveau angeklungen.

Angriffe auf die Arbeitnehmer werden mit der Argumentation, daß man sich auf den EMU-Binnenmarkt vorbereiten müsse, gerechtfertigt. Zwar war ursprünglich eine Sozialcharta, die einen verbindlichen

Sockel sozialer Mindeststandards sowie Grundrechte für die Bürger und Bürgerinnen im Binnenmarkt bringen sollte, geplant; das Ergebnis einer langen Diskussion war jedoch wegen des Widerstandes der Regierungsvertreter eine EG-rechtlich unverbindliche "feierliche Erklärung" von elf Staats- und Regierungschefs die "Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer". Selbst die reine Absichtserklärung war der britischen Regierung zuviel. So gelang es Premier Major, einen bescheidenen Plan für gemeinsame Fortschritte in der Sozialpolitik abzuschmettern. Offensichtlich ist Sozialpolitik nicht wirklich wichtig für die EG-Verfechter.

Lügen, die nicht müde werden zu behaupten, daß im EMU jeder Österreicher fast ohne Beschränkung in allen Ländern der EG und der EFTA seinen Beruf ausüben könne. Wenn man bedenkt, daß die Arbeitslosenquote in den EG-Staaten doppelt so hoch ist wie in Österreich, mag man erlauben, mit welcher Begeisterung Menschen aus der Alpenrepublik in den anderen EG-Staaten aufgenommen werden. Einige Spitzenkräfte werden vielleicht woanders unterkommen, aber der normale Arbeiter schaut durch die Finger.

Aber nicht nur die soziale Lage, auch die wirtschaftliche Situation der einzelnen EG-Staaten weist enorme Unterschiede auf: Entwicklungsunterschiede zwischen den ärmeren und den reichen Ländern sind heute größer denn je, obwohl eines der erklärten Ziele der Gründungsverträge die Angleichung des Lebensstandards und der Wirtschaftskraft in Europa war. Für die Staaten Osteuropas, die sich Hilfe von der EG erhoffen, wurde auf dem Gipfel von Maastricht nicht einmal ein Versuch unternommen, Lösungen zu finden, geschweige denn, sie in das Binnenmarktkonzept zu integrieren.

Allein die Flüchtlinge aus Osteuropa werden in den Konzepten bedacht: Das Abkommen von Schengen umfaßt inzwischen acht EG-Länder, die ihre Binnengrenzen bereits 1992 abschaffen, ihre Außengrenzen jedoch stärker befestigen wollen und härteste Maßnahmen gegen Flüchtlinge aus Osteuropa und der 3. Welt ergreifen.

Gegen all diese Spaltungsversuche des Kapitals, die zu Lasten der Arbeitnehmer, der "ärmeren Länder" in Europa sowie der 3. Welt gehen, gilt es anzukämpfen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die europäischen Arbeiterorganisationen ihre Defizite in puncto internationaler Zusammenarbeit, verbunden mit einem sozialistischen Programm, aufholen!

Ulrike Sefelin SJ 3



ÖSTERREICH: Insel der Seligen?

Seit einiger Zeit geht es nun schon mit der Weltwirtschaft bergab. Arbeitslosigkeit, Inflation und Preise steigen, während die Löhne von dieser Tendenz verschont bleiben. Auch in Österreich sieht es nicht mehr so rosig aus!

Entwicklung

Nach dem 2. Weltkrieg vertraten zwar alle Parteien antikapitalistische Phrasen (auch die ÖVP!), doch die Praxis der Koalitionsregierung (aus SPÖ, ÖVP und KPÖ) bestand in der Wiederaufrichtung des Kapitalismus, der bereits 2 Weltkriege und den Faschismus verursacht hatte. Eine entscheidende Rolle spielten im Nachkriegs-Österreich natürlich die Besatzungsmächte. Die Westmächte gewährten zwar finanzielle Mittel durch den "Marshallplan", jedoch von Uneigennützigkeit war keine Rede. Es ging lediglich darum, aus Österreich einen festen Bestandteil Westeuropas zu machen und somit den Zugriff der USA zu sichern.

Der lange Nachkriegsaufschwung der 50er und 60er Jahre schaffte die Möglichkeit für gewisse Zugeständnisse seitens der Unternehmer an die Arbeiterklasse, die zu großen Illusionen in den Kapitalismus führten. Wegen der Schwäche des österreichischen Kapitals griff der Staat durch Verstaatlichungs- und Subventionspolitik massiv in die Wirtschaft ein. Auch die enorme Stärke des Auslandskapitals in Österreich ist auf diese Situation zurückzuführen - die Multis konnten und können sich über hohe Subventionen und angenehme Bankgesetze freuen.

Mit der Politik, massiv Geld in die Wirtschaft zu pumpen, gelang es auch, die Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er zu übertauchen. Doch die nächste Krise Anfang der 80er traf Österreich. Seitdem stehen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auf der Tagesordnung.

Und heute?

Österreich hat immer noch ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum (obwohl es nun bereits abflaut). 1990 wuchs die Wirtschaft z.B. um 4,6% (nicht zuletzt durch den kurzfristigen Schub nach der deutschen Vereinigung). Doch all das ändert nichts am maroden Zustand des Kapitalismus weltweit (der für die Mehrheit der Menschheit ohnehin nur Elend zu bieten hat). Der Internationale Währungsfonds mußte seine Zahlen für die wirtschaftliche Entwicklung nach unten revidieren. Die USA befinden sich in der Rezession, ebenso Großbritannien, Kanada... Das weltweite Wirtschaftswachstum für dieses Jahr wird auf nur noch 1,8% geschätzt.

in den 80er Jahren drastisch gesunken. Das heißt: Umverteilung von unten nach oben! Das reale Nettoeinkommen der österreichischen Arbeitnehmer ist von 1980 bis 1985 jährlich um durchschnittlich 0,5% gefallen. Für 1992 sprechen Schätzungen von bis zu 1%. Damit fiel die Kaufkraft der Arbeiterschaft auf das Niveau von Mitte der 70er Jahre zurück.

Trotz Wirtschaftsaufschwung gibt es in Österreich die höchste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten. Betroffen sind vor allem ältere Arbeitnehmer und solche mit geringer Ausbildung. In der Steiermark liegt die Arbeitslosenquote bei



Arbeitszeitverkürzung schafft Arbeitsplätze - für alle!

9,9%, im österreichischen Durchschnitt im Februar bei 7,3% (!).

Der ÖVPler Stummvoll hat eine Lösung parat: Die Arbeitslosen seien so gut abgesichert, daß sie von Arbeiten abgehalten werden. Deshalb müßten diese Leistungen "auf ein Niveau gedrückt werden, daß Arbeiten wieder attraktiv wird." Gleichzeitig treiben die Bürgerlichen - mit massiver Unterstützung der SPÖ - den Ausverkauf der verstaatlichten Industrie weiter voran, Teilbetriebe sollen stillgelegt werden, wieder tausende Arbeitnehmer auf die Straße gesetzt werden (aus ÖVP-Kreisen gibt es Wunschwortstellungen von 20.000 Kündigungen allein in der Verstaatlichten!). Gleichzeitig mit dem

Abbau von Arbeitsplätzen soll das soziale Netz weiter durchlöchert werden, auf der Strecke bleiben die Arbeiter. Diese Art der Politik wurde vor allem im wirtschaftlich maroden Großbritannien perfektioniert - die Sparpolitik auf Kosten der Arbeitnehmer wird in allen westlichen Industriestaaten durchgeführt.

Die internationale wirtschaftliche Entwicklung wird in Zukunft zu noch viel frecheren Angriffen der Unternehmer führen. Es ist an der Zeit, hier Schluß zu machen und gegen Kürzungen und Angriffe anzukämpfen. 1992 wird für Deutschland das Jahr der Streiks - aber das ist nur der Anfang! Aber die ÖGB-Führung hüllt sich in maßvolles

Schweigen. Die Arbeiterschaft, die Gewerkschaftsbasis in den reichsten Ländern der Welt ist zum Kämpfen bereit, wenn die Gewerkschaftsführung in die Offensive geht. Der ÖGB-Führung sei ins Stammbuch geschrieben: Wer nicht kämpft, hat bereits verloren!
Michael Hotvagner SJ 23 (aufgelöst)

Streik in Deutschland

Die letzten Landtagswahlen in Deutschland brachten eine für viele unerwartete Stärkung der Rechtsradikalen Parteien. Die konservative Regierung in Bonn wird jedoch weiter ihre Politik verfolgen. Eine Politik, die Millionen ins soziale Elend stürzt. Eine Politik, die mit Sozialabbau und Steuergeschenken die Reichen immer reicher macht.

Die von CSU/CDU/FDP betriebene Asylanthetse hat die Basis für den Sieg von Republikanern und DVU geschaffen. Die SPD, traditionelle Partei der deutschen Arbeiterklasse, versagt aber angesichts der Aufgabe, sozialistische Antworten auf diese Fragen zu geben. Nicht Massenmobilisierung gegen Rechts, Organisation von Streiks (im Gegenteil, denn im öffentlichen Dienst stehen SPD-Landesregierungen auf der Arbeitgeberseite), sondern "konstruktive Opposition" hat die SPD auf ihre Fahnen geheftet. Die SPD hat gerade deshalb verloren, weil sie nicht entschlossen gegen den Sozialabbau auftritt. Geht Deutschland also einfach nach rechts? Nein, denn gerade jetzt findet die größte Streikbewegung im öffentlichen Dienst seit 18 Jahren statt. Nein, denn tausende Jugendliche sind gegen Rechts auf die Straße gegangen, bzw. haben sich in antifaschistischen Gruppen organisiert. Nein, weil durch eine kämpferische Politik von SPD und DGB den Problemen (wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit...) - im Gegensatz zu den rechtsradikalen Scheinlösungen - wirkliche Antworten gegeben werden könnten.

Bereits Ende April begann die Streikwelle in der BRD. Zuerst legten die Arbeiter und Angestellten von Post und Bahn, in Absprache mit der Beamtengewerkschaft, die Arbeit nieder.

Inzwischen hat sich der Streik auf die Verwaltung, die Hafenanlagen, auf das Gesundheitswesen, die Müllabfuhr und die Energieversorgung ausgedehnt und ist damit zum härtesten Arbeitskampf seit 18 Jahren geworden. Die Gewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) will 5,6% durchsetzen, die Arbeitgeber bieten nur 4,8% Lohnerhöhung. Dieser Streik ist aber auch ein politischer Streik. Die Kosten der Wiedervereinigung sollen auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden. Dies zeigte sich schon darin, daß die Unternehmer in allen Tarifverhandlungen auf Sturm schalteten. Der Vorsitzende der FDP (Freie Demokratische Partei) forderte die Gewerkschaft sogar auf, 5 Jahre auf Lohnerhöhungen zu verzichten! Die öffentlichen Arbeitgeber werden jetzt überall Beamte einsetzen, denn diesen ist gesetzlich jeder Streik verboten! Es ist möglich, daß weitere Industriezweige bestreikt werden. Metall- und Chemiegewerkschaft haben bereits mit Streik gedroht und die Angebote der Unternehmer als Provokation zurückgewiesen. Der Streik muß auf Ostdeutschland ausgedehnt werden. Die Solidarität ist die stärkste Waffe gegen diejenigen, die an der Wiedervereinigung als einzige verdient haben - nämlich die (westdeutschen) Kapitalisten.

Der erste Teil der Bundespräsidentenwahl hat keine Entscheidung gebracht. Kießlit erhielt mehr Stimmen als erwartet. Der SPÖ-Kandidat Streicher erreichte dagegen nur knapp die relative Mehrheit.

Nichtssagende Wahlslogans der SPÖ wie "Die Kraft zum Miteinander" (Erklärung dazu: "Wir müssen ein neues Miteinander schaffen") sind wohl kaum geeignet, ein politisches Programm zu präsentieren - geradezu als ob es keine steigende Arbeitslosigkeit, keine sozialen Probleme, keinen Rechtsradikalismus gäbe. Daß keiner der Kandidaten wirkliche Lösungen zu aktuellen Problemen präsentieren konnte, zeigt sich nicht zuletzt an der Unentschlossenheit der Wähler und an der großen Zahl der Nichtwähler. Die Funktion des Bundespräsidenten ist nicht so unpolitisch und überparteilich, wie uns immer wieder weismacht werden soll. Er übt de facto zwar wenig politische Macht aus, theoretisch verfügt er allerdings über eine Machtfülle ähnlich der des amerikanischen Präsidenten (deshalb gehört diese Funktion auch abgeschafft). Diese Möglichkeiten dürfen den Bürgerlichen nicht in die Hände fallen.

Nun wäre es Aufgabe der SPÖ, Streicher mit einem sozialistischen Programm zu präsentieren - was allerdings weder ihm noch der SPÖ-Führung zuzutrauen ist (und wohl auch nicht in deren Interesse liegt). Auch wenn Streicher sicher nicht konsequent für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung eintritt, ist die SPÖ die einzige Partei, die die Gefahr einer Bürgerblockregierung und steigender Angriffe von Rechts bannen kann.

DESHALB: KEINE STIMME FÜR DIE BÜRGERLICHEN IN DER STICHAHL!
Andrea Koch SJ 5 ausgeschlossen

VORWÄRTS

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, AKS, SPÖ & ÖGB
NR.32 1992 Preis 7,- Solidaritätspreis 10,-

WAS BLIEB VOM 1.MAI?

Der 1. Mai ist seit langem die Gelgenheit für ArbeiterInnen der ganzen Welt, für ihre Rechte zu demonstrieren, Transparente mit ihren Forderungen zu tragen und den Mächtigen die Stärke der Arbeiterbewegung zu zeigen.

Wenn ich an den 1. Mai '91 zurückdenke, hatte ich mehr den Eindruck, bei einer folkloristischen Veranstaltung zu sein. Musikkapellen sorgten für "Stimmung", zufriedene Funktionäre fuhren mit Fiakern zur Kundgebung, nur vereinzelt wurden Transparente mitgetragen. Statt neue Forderungen zu erheben, wurde der Parteiführung zugejubelt, an der es eigentlich viel zu kritisieren gäbe.

Hat die Arbeiterbewegung vielleicht schon so viel erreicht, daß nichts Neues mehr gefordert werden muß? Mit dem Argument EG-Anschluß werden Löhne gedrückt und Arbeitszeiten flexibilisiert, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, in der Stahlindustrie stehen Entlassungen an der Tagesordnung und der ÖBB droht die Privatisierung. Soziale Errungenschaften können nicht gehalten und neue, wie die 35-Stunden-Woche, nicht verwirklicht werden, wenn SPÖ und Gewerkschaften nicht dafür kämpfen.

Es muß auch internationale Solidarität mit allen Arbeitern der Welt geübt werden. In Südafrika

kämpfen schwarze Minenarbeiter für ihre politischen Rechte und gerechtere Arbeitsbedingungen, Englands Bergarbeiter drohen Massenentlassungen, Entlassungen in eine ungewisse Zukunft, da sie weder eine soziale Absicherung besitzen noch neue Arbeit finden können. Die Arbeiter Osteuropas stehen nach der Befreiung vom Stalinismus vor großen Problemen, da weder starke Gewerkschaften noch Arbeiterparteien bestehen, die gegen die Folgen der kapitalistischen "Gesundung" mobilisieren können. Die eigenen Betriebe gehen zugrunde, ausländische Konzerne sind nur an billiger Arbeitskraft und nicht an einem geregelten Einkommen in Osteuropa interessiert. Rechtsautoritäre Politiker, wie Lech Walesa, versuchen sich als nationale Retter aufzuspielen. Gerade die osteuropäischen Staaten zeigen, wie notwendig eine starke Arbeiterbewegung ist, die einen Ausweg erkämpfen kann.

Für die österreichische Arbeiterbewegung, insbesondere für SPÖ und ÖGB gibt es genug zu tun:

- * Wohnungen statt Spekulantenwucher
- * 35-Stundenwoche statt Rekordarbeitslosigkeit
- * Internationale Solidarität statt Flüchtlingsabschiebung und EG
- * sozialistische Politik statt große Koalition
- * Arbeiterdemokratie statt Kapitalismus und Verstaatlichtenzerschlagung!

Hannes Puwein SJ 20 aufgelöst

Spendenkonto
PSK 8812.733

